

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Februar 2012 Nr. 149

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Saab Gripen soll es also sein: Das hat der Bundesrat vor Weihnachten bekanntgegeben. 22 Exemplare des schwedischen Kampfflugzeuges für über drei Milliarden Franken möchten Ueli Maurer und die Armeeführung beschaffen. Ein mehrjähriges Auswahlverfahren, mit unzähligen Kursänderungen und widersprüchlichen Absichtserklärungen, sollte damit abgeschlossen werden.

Doch seit seiner Bekanntgabe kommt der Gripen-Kauf nicht mehr aus den Schlagzeilen. Einerseits scheint Farner PR seine Niederlage nicht verkraftet zu haben und wirbt weiterhin für den Kampfjet Rafale. Es wurden Vorwürfe laut, die Bewertungskriterien seien während des Verfahrens zugunsten von Gripen verändert worden. Andererseits ist es inzwischen so manchem bürgerlichen Politiker mulmig geworden, seit die ersten Sparopfer einer Kampfjetbeschaffung alarmiert worden sind.

Die bevorstehende Schlammschlacht in den Boulevardblättern zwischen Saab und seinen KritikerInnen muss uns GSoAtInnen nicht allzu stark interessieren. An unserer grundsätzlichen Ablehnung des Kampfjetkaufs ändert sie nichts. Unsere Berichte zu den Hintergründen der Firma Saab und zum Kampfjetdeal befinden sich auf den Seiten 3 und 4.

Dass die GSoA genügend Schlagkraft hat, um im Alleingang Volksabstimmungen herbeizuführen, hat sie mit der Einreichung der Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» einmal mehr bewiesen. An dieser Stelle sei allen UnterstützerInnen, SammlerInnen und Unterzeichnenden dieser Initiative ein herzliches Dankeschön ausgesprochen! Die Artikel zur Einreichung der Initiative am 5. Januar und zur Wehrpflicht befinden sich auf den Seiten 5 und 6.

Auf dieser Seite findest Du die Einladung zur nächsten Vollversammlung der GSoA. Es würde uns ausserordentlich freuen, wenn Du nach Solothurn kommen könntest, um mit uns zusammen über den weiteren Einsatz gegen die unsinnige Kampfjetbeschaffung zu beraten. Die Vollversammlung ist die beste Möglichkeit, um in eine engagierte GSoA-Zeit einzusteigen. Auch für Dich!

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

Einladung zur GSoA-Vollversammlung

(sp) Die diesjährige Vollversammlung der GSoA findet am **Sonntag 15. April, um 10 Uhr im Restaurant Kreuz in Solothurn** statt. Die wichtigsten Themen sind der bevorstehende Abstimmungskampf zur Wehrpflichtinitiative sowie die geplante Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

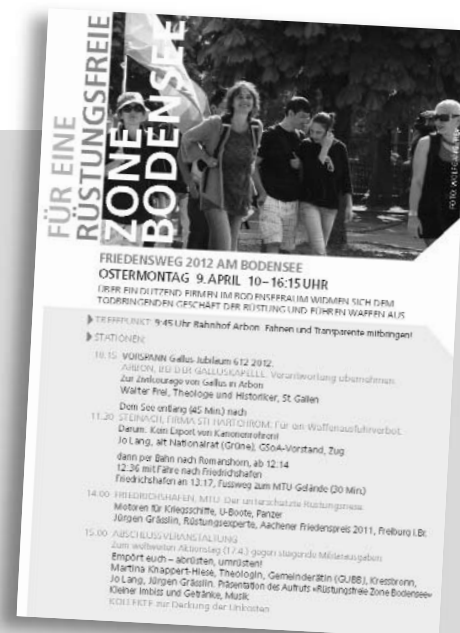
Auch in Schweden wird der Entscheid der Schweiz zum Kauf von 22 Gripen-Jets heiss diskutiert. Rolf Lindahl von der Swedish Peace and Arbitration Society (SPAS) wird uns die schwedische Sicht auf den Gripen-Kauf präsentieren. SPAS ist eine Non-Profit-Organisation mit etwa 6000 Mitgliedern und damit die grösste skandinavische Friedensorganisation.

SPAS engagiert sich in Schweden gegen die Herstellung von Kampfjets. Für die GSoA ist es wichtig sich international zu vernetzen. In Zusammenarbeit mit SPAS werden wir den Kampfjetkauf von schweizerischer und schwedischer Seite zu verhindern versuchen.

An der Vollversammlung werden Workshops stattfinden und wie jedes Jahr wird auch Zeit bleiben zum gemütlichen Zusammensein und für spannende Diskussionen. Es ist eine gute Gelegenheit, neue GSoAtInnen aus der ganzen Schweiz kennenzulernen und alte GSoAtInnen wieder zu treffen.

Das genaue Tagesprogramm wird rechtzeitig auf der GSoA-Homepage aufgeschaltet. Wir freuen uns auf zahlreiche TeilnehmerInnen, viele interessante Inputs und wichtige Entscheidungen an der Vollversammlung.

Die GSoA offeriert jeweils ein feines Mittagessen im Restaurant Kreuz. Wer gerne mitessen möchte, meldet sich bitte an per Post (GSoA, Postfach, 8031 Zürich), per E-Mail auf gsoa@gsoa.ch oder telefonisch unter 044 273 01 00.



Friedensweg für eine rüstungsfreie Zone Bodensee

(std) Am 9. April versammeln sich in der Ostschweiz FriedensaktivistInnen um gegen die Waffenindustrie am Bodensee zu protestieren. Über ein Dutzend Firmen im Bodenseeraum widmen sich dem todbringenden Rüstungsgeschäft und exportieren Waffen. Darum empört Euch – Engagiert Euch für Abrüstung! Die GSoA-Regionalgruppe St.Gallen ruft gemeinsam mit vielen anderen Organisationen zum Friedensweg 2012 auf.



OstermarschCH: Stopp der wirtschaftlichen Gewalt – Rohstoffe zum Leben

(std) Bereits zum zehnten Mal findet am Ostermontag der OstermarschCH in Bern statt. Seit zehn Jahren stehen jeweils Hunderte von FriedensaktivistInnen am Ostermontag für Frieden und gegen Gewalt und Unterdrückung ein. Die GSoA ruft dazu auf, ein starkes Zeichen gegen Krieg und Zerstörung zu setzen.

Dieses Jahr lädt eine breite Trägerschaft unter dem Slogan «Stopp der wirtschaftlichen Gewalt – Rohstoffe zum Leben» ins Eichholz an der Aare ein. Wo Rohstoffe abgebaut werden, regiert vielerorts nackte Gewalt. Menschen werden unterdrückt, ausgebeutet und vertrieben. Setzen wir ein Zeichen für den Frieden, für nachhaltige Alternativen, souveräne Entscheidungsmechanismen, für gleiche Rechte und ein gutes, würdiges Leben für alle. Darum fordern wir am OstermarschCH:

1. Dass sich die Schweiz ihrer Verantwortung bewusst wird und sich international gegen Unterdrückung und Ausbeutung einsetzt, statt sich die Hände an Kriegsmaterialdeals schmutzig zu machen.
2. Dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz dazu verpflichtet werden, die in der Schweiz geltenden Regeln auch bei ihren Niederlassungen im Ausland durchzusetzen.
3. Dass die Schweiz endlich militärisch abrüstet und für echte Sicherheit durch Bildung, soziale Sicherheit und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur sorgt.

REFERENDUM ODER INITIATIVE

Massive Sparmassnahmen wegen Kampfjetkauf

Die Einschätzungen der GSoA wurden offiziell bestätigt: Der Kauf neuer Kampfflugzeuge würde drastische Budgetkürzungen mit sich bringen. Die GSoA wird dagegen das Referendum ergreifen. Von Franziska Bender

Der Bundesrat hat Anfang Februar zur Finanzierung der neuen Kampfjets Stellung genommen. Ein umfangreiches Sparprogramm – das sogenannte Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm (KAP) – soll das strukturelle Haushaltsdefizit von zeitweilig bis zu 800 Millionen Franken bereinigen. Das KAP wird als Mantelerlass ausgestaltet und ist wegen der notwendigen Änderungen der gesetzlichen Grundlagen dem fakultativen Referendum unterstellt. Die Kampfjetbeschaffung ist mittels einer Klausel direkt an das Sparprogramm geknüpft, das KAP dient somit als Kaufbedingung. Die Verknüpfung hat zur Folge, dass ein erfolgreiches Referendum gegen die Sparmassnahmen nicht nur die Erhöhung des Militärbudgets rückgängig macht, sondern auch die Kampfjetbeschaffung verhindert.

Unsere Strategie, auf ein Referendum zu warten statt bereits jetzt eine Initiative zu lancieren, hat sich bisher als richtig erwiesen. Mit dem Referendum können wir die fatalen Entscheidung der letzten Herbstsession rückgängig machen. Eine Initiative hätte ausschliesslich die Kampfjetbeschaffung verhindert, obwohl die Erhöhung des Militärbudgets auf 5 Milliarden Franken mindestens ebenso unsinnig ist. Zudem ist ein Referendum leichter zu gewinnen als eine Initiative, da kein Ständemehr benötigt wird und es grundsätzlich leichter ist, Nein-Mehrheiten zu gewinnen.

Wäre eine Initiative übereilt – das heisst vor dem endgültigen Parlamentsentscheid über die Referendumsfähigkeit – ergriffen worden, hätten wir vermutlich beides, eine Initiative und ein Referendum, sammeln müssen. Nun gibt es diese Problematik nicht, und wir können uns auf das Referendum konzentrieren. Gemeinsam mit einem breiten Bündnis können wir gewinnen.

Im Notfall eine Initiative

Es besteht immer noch die Möglichkeit, dass das Parlament den Finanzierungsvorschlag des

Bundesrates abändert. Problematisch wäre zum Beispiel, wenn die Räte die Vorlage dem Referendum entziehen würden oder wenn sie die Koppelung der Kampfjetbeschaffung an das Sparprogramm aufheben würden. Beides wäre finanzpolitisch absoluter Unsinn. Sollte es dennoch dazu kommen, wird die GSoA notfalls eine Initiative zu lancieren. Das Volk muss in jedem Fall über diese Beschaffung abstimmen können. Die Konsequenzen der Erhöhung des Armeebudgets sind inzwischen deutlich zu spüren. Die Kampfjetbeschaffung kommt die Departemente teuer zu stehen. Am härtesten trifft das 750 Millionen schwere Sparprogramm das Departement des Innern, dort werden 325 Millionen Franken eingespart. Das bedeutet gerade in den wichtigen Bereichen Bildung und Forschung massive Kürzungen. Auch das UVEK (Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation) soll 170 Millionen Franken einsparen. Solche massiven Kürzungen zu verordnen, um das Budget der unnötigsten schweizerischen Institution, der Armee, aufzustocken, ist Unsinn. Das wird langsam über linke Kreise hinaus anerkannt.

Gute Chancen

Die Chancen, dass bereits das Parlament die neuen Kampfjets ablehnt, stehen derzeit gut. Obwohl schon immer klar war, dass solche Budgeterhöhungen nicht ohne Sparmassnahmen möglich sind, scheinen einige bürgerliche Politiker erst jetzt zur Vernunft gekommen zu sein. «Jetzt sind die Konsequenzen des Fehlschusses sichtbar, das dürfte viele zum Umdenken bewegen», sagt CVP Präsident Christoph Darbellay. Als wäre man davon ausgegangen, dass die Budgeterhöhung gratis zu haben ist. So kurzsichtig die Bürgerlichen sein mögen, wir begrüssen dieses späte Einlenken doch sehr.

Die Beschaffung neuer Kampfjets hat in der Bevölkerung – und scheinbar seit Neuem auch im Parlament – keinen Rückhalt. Die GSoA wird falls nötig gemeinsam mit einem breiten Bündnis das Referendum ergreifen und die Kampfjetbeschaffung verhindern. Die Schweiz braucht keine neuen Kampfflugzeuge.

STIMME AUS SCHWEDEN

«Kauft den Gripen nicht!»

Es ist schwer, verteidigungs- oder sicherheitspolitische Motive für das Kampfjet-Geschäft zwischen Schweden und der Schweiz zu erkennen. Die Steuerzahlenden in beiden Ländern würden damit über Jahrzehnte hinweg nur grosse Kosten auf sich laden. Tut euch also selber – und auch uns SchwedInnen – den Gefallen und kauft das schwedische Kampfflugzeug «Jas Gripen» nicht!

Von Rolf Lindahl*

Als der Schweizer Verteidigungsminister mitteilte, dass er Gripen-Kampfflugzeuge kaufen wolle, brach in gewissen politischen Kreisen Schwedens sofort Euphorie aus. Eine lang aufgestaute Unruhe verwandelte sich innerhalb eines Augenblicks in Zuversicht – nun endlich würde der Super-Gripen abheben! Der schwedische Verteidigungsminister Sten Tolgfors erklärte, dass – wenn die Schweiz den Gripen wähle – die Voraussetzungen für eine schwedische Bestellung der neuen E/F-Version des Gripen, dem so genannten «Super-Gripen», verbessert würden.

Das schwedische Grossmachtprojekt – der Jas 39 Gripen – ist eines der teuersten und im höchsten Grade kontroversen Industrieprojekte in Schweden. Als das Gripen-Projekt gestartet wurde, behauptete die Rüstungsindustrie, ein eigenes Kampfflugzeug zu produzieren wäre wirtschaftlich gesehen die beste Variante für Schweden. Heute sind wir jedoch mit der Tatsache konfrontiert, dass das Gripen-Projekt mehr als 120 Milliarden Schwedische Kronen gekostet hat (etwa 16 Milliarden Schweizer Franken). Dafür hat Schweden 204 Flugzeuge bekommen – was einem Bericht aller

Parteien des schwedischen Parlaments zufolge zwischen 100 und 150 mehr sind, als eigentlich nötig sind.

Überall in Schweden steht die grösste Kriegsmaterialinvestition der modernen Zeit auf Flugzeugfriedhöfen herum und rostet langsam vor sich hin. Verzweifelt versucht die schwedische Regierung nun, diesen enormen Überschuss an Kampfflugzeugen durch Verkäufe oder Leasingverträge an andere Länder loszuwerden. Koste es, was es wolle.

Export heisst Bestechung

Dass die Waffenindustrie eine der korruptesten Branchen der Welt ist, bleibt eine unbestreitbare Tatsache. Saab und das Jas-Projekt sind natürlich keine Ausnahme. Über die Bestechungsbeschuldigungen in Hinblick auf die Geschäfte mit Ungarn und Tschechien hinaus ist Südafrika ein Land, das die Konsequenzen der schwedischen Jas-Investitionen zu spüren bekommen hat. Im Januar 2009 war der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu zu Besuch in Schweden und sagte dabei: «Schweden hat uns in unserem Freiheitskampf unterstützt. Ihr hättet weiterhin unsere Freunde sein sollen und uns helfen sollen, eine vitale Wirtschaft aufzubauen, anstatt uns unter Druck zu setzen, Waffen und Flugzeuge zu kaufen, die wir eigentlich gar nicht brauchten. Ihr habt uns das Bestechungsgeld wie eine Mohrrübe vorgehalten. Im Grunde hätten wir es ablehnen können, aber wenn man für lange Zeit arm gewesen ist und jemand einem 20 Millionen anbietet, ist es schwer, nein zu sagen.»

Das Gripen-Projekt ist zu einem milliarden-teuren Selbstläufer geworden. Man hat mehr Flugzeuge gekauft, als man braucht, und die



Die Schweiz hat schon einen Gripen – im Verkehrshaus ist er am richtigen Ort

Kosten für das ganze Projekt sind explodiert. Die Scheinlösung ist, das Flugzeug auf dem internationalen Markt verkaufen zu müssen, um andere Käufer – wie beispielsweise die Schweiz – für die schwedischen Fehler bezahlen zu lassen. Aber für das Gelingen der Exportgeschäfte muss Schweden sich verpflichten, weitere Verbesserungen vorzunehmen und Neubestellungen zu machen. Und so rollen die Milliarden wieder von dannen: Investitionen in ein Kampfflugzeug, das eigentlich keiner braucht. Die einzigen Gewinner in diesem Waffenkarussell sind die Aktienbesitzer von Saab.

* Rolf Lindahl ist politischer Sekretär der «Swedish Peace and Arbitration Society» (SPAS), der grössten Friedensorganisation Schwedens



ORDNUNGSHÜTER AM HIMMEL

Das Luftpolizei-Argument

Als AntimilitaristIn ist man versucht, die Luftpolizei für gänzlich unnötig zu halten. Ganz so einfach sollte man es sich nicht machen. Aber als Argument für neue Kampffjets taugt der Luftpolizeidienst trotzdem nicht.

Von Andreas Weibel

Die BefürworterInnen von neuen Kampffjets argumentieren gerne mit den Aufgaben der Luftwaffe zur Überwachung und Regelung des Flugverkehrs. Berichte in Fachmagazinen über missglückte Aktionen der Luftwaffe lassen hingegen Zweifel am Nutzen dieses Dienstes aufkommen. Die Luftpolizei gänzlich abzuschaffen ist dennoch keine realistische Option.

Was heisst «Luftpolizei»?

Es gibt drei unterschiedliche Aufgaben, die unter dem Begriff Luftpolizeidienst zusammengefasst werden: Erstens die Überprüfung von Flugzeugen anderer Staaten bei Flügen über die Schweiz. Das kommt beinahe täglich vor, die Luftwaffe stellt dabei jedoch fast nie Unregelmässigkeiten fest. Und wenn es trotzdem zu Verstössen gegen die Schweizer Regeln kommt, zieht der Bundesrat aus diplomatischen Gründen vor, zu schweigen – wie bei-

spielsweise bei der Affäre rund um die illegalen CIA-Gefangenentransporte über der Schweiz. Die zweite Aufgabe ist die Bewachung von Konferenzen wie dem WEF. Dass die Armee Gratsdienstleistungen für solche privaten Veranstaltungen erbringt, ist höchst fragwürdig.

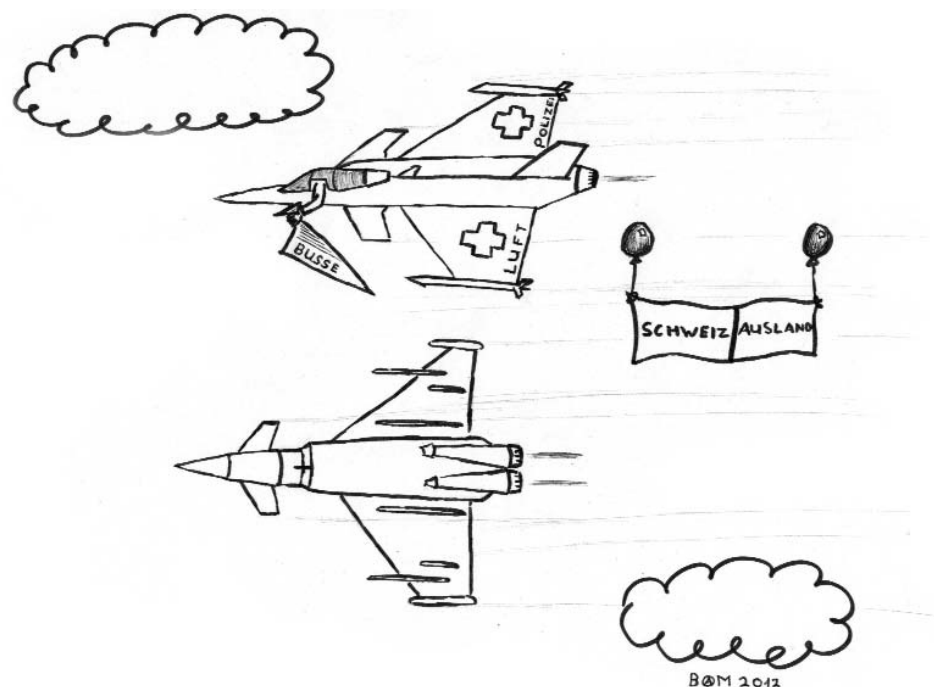
Die dritte Aufgabe lässt sich jedoch nicht wegdiskutieren: Immer wieder kommt es vor, dass HobbypilotInnen die Orientierung verlieren, jemand die Regeln der Flugkontrolle missachtet oder in einem Flugzeug das Funkgerät ausfällt. Eine rasche Intervention der Luftpolizei ist unerlässlich, wenn beispielsweise ein Amateurpilot versehentlich mit ausgeschaltetem Funk auf die Anflugschneise eines internationalen Flughafens zusteuert. Solche Situationen kommen hierzulande etwa einmal pro Monat vor. Fragwürdig ist, wieso die Armee diese Aufgabe übernehmen soll – viel sinnvoller wäre die Luftpolizei in einer zivilen Behörde untergebracht.

Heutige Flotte völlig ausreichend

Die grundsätzliche Notwendigkeit gewisser Dienstleistungen der Luftpolizei rechtfertigt jedoch noch lange nicht die Anschaffung neuer Kampffjets. Auch nachdem die Armee die

Tiger-Flotte ausser Dienst gestellt hat, wird die Schweiz mit den mehr als dreissig F/A-18 über eine der leistungsfähigsten Luftwaffen Europas verfügen. Die Armee liess diese Maschinen vor wenigen Jahren für Hunderte von Millionen Franken nachrüsten, so dass sie heute auf dem neusten Stand der Technik sind. Wie übermässig die Luftpolizei-Kapazitäten hierzulande sind, zeigt ein Vergleich mit dem Baltikum. Für die Überwachung des Luft-

raums über Estland, Lettland und Litauen – zusammen immerhin viermal so gross wie unser Land – ist ein Nato-Geschwader von gerade einmal vier Kampffjets zuständig. Selbst wenn man noch ein Polster für Wartung und Ausbildung einrechnet, ist offensichtlich, dass die Schweiz mit dreissig Kampffjets mehr als genügend ausgerüstet ist. Zusätzliche Gripen-Jets wären kein Gewinn an Sicherheit, sondern reine Geldverschwendung.



GEGENGESCHÄFTE

Kampffjets als Konjunkturwaffe?

Kompensationsgeschäfte im Wert von 6.5 Milliarden Schweizer Franken soll der Kampffjetkauf der Schweiz einbringen. Eine Konjunkturspritze? Dahinter steckt vor allem Marketing und wenig Realität. Von Franziska Bender

Die Schweiz hat sich bei der geplanten Kampffjetbeschaffung für 22 Gripen des schwedischen Herstellers Saab entschieden. Der im Vergleich zu anderen Herstellern günstige Preis war ausschlaggebend für den Entscheid. Nun wird fleissig Werbung gemacht, um die drohende Volksabstimmung zu überstehen. Als Hauptargument um Wirtschaftsverbände und -lobbyisten zu überzeugen, dienen dabei die Kompensationsgeschäfte.

Saab bietet Kompensationsgeschäfte im Wert von 6.5 Milliarden Franken an. Das heisst, der Hersteller verpflichtet sich, für diesen Betrag bei Schweizer Unternehmen einzukaufen beziehungsweise Schweizer Unternehmen direkt am Bau der neuen Kampffjets zu beteiligen. Wirtschaftsförderung und die Schaffung von Arbeitsplätzen werden so als Argumente für die Kampffjetbeschaffung angeführt.

Kompensationslüge ist Propaganda

Es grenzt an Naivität, dass noch immer mit Kompensationsgeschäften für die Beschaffung neuer Kampffjets geworben wird. Denn bereits 2007 zeigte die Eidgenössische Finanzkontrolle in ihrer Evaluation der Kompensationsgeschäfte, dass diese nicht den versprochenen

volkswirtschaftlichen Nutzen erbringen. Nur rund vierzig Prozent des versprochenen Betrags fliessen tatsächlich in die Schweizer Wirtschaft. Zu einem grossen Teil handelt es sich um ohnehin bestehende Aufträge, die keinen Mehrwert bringen. Die verlockenden 6.5 Milliarden Franken an Gegengeschäften sind daher unrealistisch – würde der Betrag stimmen, lohnte sich das Geschäft für Saab kaum. Kompensationsgeschäfte sind bewiesenermassen leere Versprechungen. Klar ist: Wer unbedingt Kampffjets will, benutzt das Argument, um der Stimmbewölkerung den milliardenschweren Kauf schmackhaft zu machen.

Investitionen in die Rüstungsindustrie

Von den wenigen tatsächlich getätigten Gegengeschäften profitieren vor allem Rüstungsindustrie und Luftfahrt. Auf nur drei Prozent der beteiligten Firmen entfallen zwei Drittel

des gesamten Volumens. Hauptprofiteure sind die grossen Schweizer Rüstungskonzerne, allen voran die bundeseigene RUAG. Diese Firmen können so quasi mit staatlichen Geldern ihren Profit maximieren – mehr Arbeitsplätze schafft das allerdings nicht und nachhaltige Wirtschaft sieht definitiv anders aus. Sinnvolle Wirtschaftsförderung wären im Gegenteil Investitionen in erneuerbare Energien, damit der Atomausstieg realisiert werden kann. Denn im Gegensatz zu absurden Kampfszenarien aus dem Kalten Krieg, sind die Klimakatastrophe und das Ende des Ölzeitalters reale Bedrohungen.

KORRUPTION BEIM KAMPFFJETKAUF

Wenn Schmiergeld Alltag ist

Die Geschichte des Saab Gripen ist eine Aneinanderreihung von Korruptionsfällen. Sowohl in Tschechien, Ungarn und Südafrika als auch in Thailand: Es gibt keinen einzigen Export, bei dem nicht wenigstens Gerüchte über Schmiergelder aufgetaucht sind. Von Adi Feller

Mehrere Reporter des schwedischen Fernsehens haben der Korruption im Rüstungsbusiness den Kampf angesagt. Sie bemühten sich über Jahre hinweg um die Aufarbeitung der Korruptionsvorwürfe bei verschiedenen Gripen-Deals und waren dabei äusserst erfolgreich. In Tschechien erzählten Politiker (darunter ein

früherer Aussenminister) vor der versteckten Kamera des schwedischen Fernsehens freimütig über Bestechungsgelder, die sie für das Lobbying für den Gripen-Kauf erhalten hatten. In Zusammenhang mit den Bestechungszahlungen laufen immer noch Gerichtsverfahren, unter anderem gegen den bekannten österreichischen Waffenlobbyisten Graf Mensdorff-Pouilly.

Beispiel Südafrika

Die britische BAE musste sich nach dem Verkauf von Gripen an Südafrika mit 325 Millionen Euro von Korruptionsvorwürfen freikaufen, um ein öffentliches Verfahren zu verhindern. In Südafrika selbst wurde ein enger Berater des

Präsidenten wegen der Annahme von Schmiergeldern verurteilt. In allen Ländern wurden «Provisionszahlungen» an Mittelsmänner festgestellt, die damit einzelne Politiker und ganze Parteien zum Umdenken bewegten. Von einem Tag auf den anderen entschieden sich die Entscheidungsträger scheinbar spontan für den Gripen-Kauf, obwohl sie vorher entweder keine Kampffjets kaufen wollten oder einen anderen Typ bevorzugten. Ein wenig Geld für die Wahlkampfkasse half da bei der Meinungsbildung. Kaum eine Branche ist derart korruptionsanfällig wie die Rüstungsindustrie. Es sind hohe Profite zu erhaschen und Intransparenz wird oft mit sogenannten militärischen Geheimnissen legitimiert. Die jahrelange Recherche, die nötig ist, um Korruption beweisen zu können, lohnt sich in jedem Fall.





AUFHEBUNG DER WEHRPFLICHT

Breite Palette brisanter Fragen

Am 5. Januar haben wir die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» eingereicht. Eine höchst intensive Debatte steht uns bevor. Von Jo Lang

Die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» wirft eine ganze Reihe von militär-, staats- und gesellschaftspolitischen Fragen auf:

- Die historische Voraussetzung der Wehrpflicht, die konventionelle Verteidigung der nationalen Grenzen, ist zu einem höchst unwahrscheinlichen Fall geworden. Was der Sicherheitspolitische Bericht nicht bot, dazu bietet unsere Initiative eine grosse Chance: eine rationale Analyse möglicher Risiken, Gefahren, Bedrohungen. Diese zeigt, dass es sich bei den realen Bedrohungen um zivile handelt, wie etwa die Klimaerwärmung. Zur Bewältigung der gewaltmässigen Herausforderungen, wie der organisierten Kriminalität oder des Terrorismus, nützen Armeen, erst recht Massenheere, nichts.
- Grossarmeen sind nicht mehr finanzierbar, weil der einzelne Soldat wegen der technischen Entwicklung immer teurer wird. Kosteneinsparungen waren und sind eine wichtige Triebfeder in der massiven Verkleinerung der meisten Armeen Europas in den letzten zwei Jahrzehnten.
- Die Schweiz hat – im Verhältnis zur Bevölkerung – die weitaus grösste Armee in Europa, auch im Vergleich zu den allianzfreien Staaten Finnland, Schweden, Österreich und Irland.
- Die Bereitschaft der Wirtschaft, jährlich für mehrere Millionen von Diensttagen mehrere Milliarden von Franken an Opportunitätskosten zu bezahlen, nimmt ab. Das hat auch mit dem wachsenden Anteil von internationalen Firmen zu tun. Gleichzeitig wird die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger kleiner, für Militärausgaben Steuergelder einzusetzen oder in anderen Bereichen Einsparungen hinzunehmen.
- Die Wehrpflicht lässt sich zwar für die militärische Verteidigung des Gemeinwesens gegen äussere Feinde, aber nicht für Inland- oder gar Auslandseinsätze legitimieren. Da das traditionelle Verteidigungsszenario historisch überholt ist, hat sie ihre Berechtigung verloren.
- Eine Armee, die jährlich weniger als die Hälfte der 40'000 Wehrpflichtigen braucht, gerät in Widerspruch zum Grundsatz der «Wehrgerechtigkeit». Da die vom Bundesrat vorgeschlagene 80'000er Armee jährlich bloss noch 16'000 Soldaten braucht, hätte sie die sogenannte «Wehrgerechtigkeit» schwer verletzt. Hier dürfte der Hauptgrund für die im Herbst von den Bürgerlichen beschlossene Aufrüstung der Armee auf 100'000 Angehörige sein. In anderen Worten: Wer an der Wehrpflicht festhält, verpflichtet sich zu einem Massenheer.
- Die Wehrpflicht ist wegen der alteidgenössischen Verknüpfung von «wehrlos» und «ehrlos» ein wichtiger Grund für die späte Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz. Noch heute erschwert sie die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Die Aufhebung der Wehrpflicht ist eine Befreiungsaktion für die Betroffenen und ein Befreiungsschlag für die Gesellschaft. Die GSoA reicht ihre Initiative in dem Jahr ein, in dem sie – am 12. September – ihren 30. Geburtstag begehen wird. Wir haben seit unserem 25. Geburtstag fast eine halbe Million Unterschriften gesammelt. Diese 107'000 dürften die brisantesten sein.

Einreichungsaktion vor dem Bundeshaus



MILITÄRDienstVERWEIGERER

Kriminalisiert und weggesperrt

Seit der Einführung des Zivildienstes gibt es in der Schweiz keine Menschen mehr, die wegen Militärdienstverweigerung hinter Gittern landen. Diese Meinung ist in der Bevölkerung weit verbreitet. Leider ist sie falsch. Von Martin Parpan

Zu Zeiten des Kalten Kriegs erlangte die Schweiz europaweit Bekanntheit, weil sie die Militärdienstverweigerung unter Strafe stellte. Einen zivilen Ersatzdienst für Menschen, die aus Gewissensnöten verweigerten, gab es nicht. Trauriger Höhepunkt dieser Epoche war das Jahr 1984. Die Gerichte schickten nicht weniger als 788 Dienstverweigerer ins Gefängnis. Nachdem 1989 über ein Drittel der Stimmbewölkerung für die Abschaffung der Armee gestimmt hatte, sahen sich Militärkreise und bürgerliche Politiker gezwungen, ihren Widerstand gegen einen zivilen Ersatzdienst aufzugeben. Es ist dem gesellschaftlichen Druck zu verdanken, dass 1996 der Zivildienst als Alternative zum Militärdienst eingeführt werden konnte. Verurteilungen wegen Dienstverweigerung nahmen anschliessend deutlich ab. Trotz dieser Entwicklung landeten auch in den Folgejahren Menschen im Gefängnis, die gemäss militärischen Kriterien zwar diensttauglich waren, aber weder Militär- noch Zivildienst leisten wollten. So wurde beispielsweise ein Mann vom Militärgericht in Luzern zu einer Gefäng-

nisstrafe von acht Monaten unbedingt verurteilt, weil er fünfmal einem militärischen Aufgebot keine Folge leistete und die Schiesspflicht nicht erfüllte.

Das Unrechtssystem existiert auch heute noch

Der Grund für diese menschenverachtende Praxis liegt im Artikel 81 des Militärstrafgesetzes. Dieser Artikel ist das eigentliche Herzstück der allgemeinen Wehrpflicht. Darin ist festgehalten, dass «mit einer Freiheitsstrafe von bis zu achtzehn Monaten oder mit einer Geldstrafe bestraft wird, wer absichtlich einer Militärdienstleistung fern bleibt, zu der er aufgeboten wurde». Die Einführung des Zivildienstes hat vielen Männern die Möglichkeit gegeben, einen mit ihrem Gewissen vereinbaren Dienst zu leisten. Die militärische Ideologie, dass zum Kriminellen wird, wer keinen Sinn darin sieht, dem Militär zu dienen oder einen entsprechenden Ersatzdienst zu leisten, existiert allerdings nach wie vor. Das heisst, dass seit dem Jahr 1996 in der Praxis zwar grosse Fortschritte erzielt werden konnten. Es bedeutet aber nicht, dass der Geist der «Kriminalisierung des Verweigerers» damit abgeschafft wäre. Artikel 81 wirkt umso störender, weil die viel beschworene Wehrgerechtigkeit in der Schweiz völlig bedeutungslos geworden ist. Ein grosser Teil von Dienstunwilligen verabschiedet sich

heute problemlos über den «blauen Weg» aus dem Militärdienst. Ein kleinerer Teil von jungen Männern schafft dies jedoch nicht. Meist sind es Männer, die sich rhetorisch weniger geschickt anstellen oder denen das Wissen fehlt, welche Möglichkeiten es gibt, um die Dienstuntauglichkeit zu erlangen. Diese Männer landen dann im Gefängnis und müssen damit leben, dass ihnen ein grosser Teil ihrer Zukunft verbaut wird.

Täter und Opfer

Die Initiative zur Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht fordert, dass Artikel 59 der Bundesverfassung dahingehend geändert wird, dass niemand mehr verpflichtet werden kann, Militärdienst zu leisten. Mit dieser Änderung wäre infolgedessen auch Artikel 81 des Militärstrafgesetzes hinfällig. Aus gesellschaftspolitischer Sicht wäre dieser Schritt ausserordentlich bedeutend. Endlich müssten sich Leute nicht mehr rechtfertigen und kriminalisieren lassen, wenn sie keinen Grund und keinen Sinn darin sehen, dem Militär zu dienen oder einen Ersatzdienst zu leisten. Die groteske Logik, dass Menschen dann zu Tätern gemacht werden, wenn sie sich der Waffe verweigern, würde somit endlich der Vergangenheit angehören. Vielmehr müssten sich dann jene erklären, die sich trotz der Aufhebung der Wehrpflicht dafür entscheiden, ihren Dienst an der Waffe zu leisten.

Soldatenberatung ist nötig

(af) Sie existieren seit Jahrzehnten und sind noch immer unerlässlich: Die Beratungsstellen für Militärverweigerung und Zivildienst (in Bern, Zürich, Basel und Luzern sowie in Genf, Lausanne und im Tessin). Sie bieten Hilfe bei Problemen im Militärdienst und informieren über die Möglichkeiten des Zivildienstes und um vom Militär wegzukommen. Besonders um die Starttermine der Rekrutenschulen überhäufen die angehenden SoldatInnen die Beratungsstellen mit Anfragen. Ein Problem liegt darin, dass die staatlichen Stellen ihre Informationspflichten nicht wahrnehmen. An den Orientierungstagen und an der Aushebung machen sie fast ausschliesslich Werbung für das Militär. Mit Glück gibt es am Rande der Veranstaltung Informationen über den Zivildienst und den Zivildienst. Deshalb kennen viele junge Männer ihre Rechte und Möglichkeiten nur ungenügend und müssen sich die gewünschten Informationen selber zusammensuchen. Hierbei sind die Beratungsstellen behilflich.

Eine Übersicht über die Kontaktmöglichkeiten zu den Beratungsstellen findet sich unter www.gsoa.ch/soldat



HINTERGRUND

Die Wehrpflicht im ethnologischen Vergleich

«Im Militär wird man zum Mann.» «Im Militär lernt man Wichtiges fürs Leben.» Es sind Argumente, die man als absurd bezeichnen und am liebsten ignorieren möchte. Vergleicht man aber die Wehrpflicht mit Übergangsriten anderer Volksgruppen, so wird die Bedeutung dieser Argumente klar.
Von Beni Müller

Während der erstmals damit Konfrontierte noch mit sachlichen Argumenten gegen Sprüche wie «Im Militär wird man zum Mann» anzutreten versucht, bleibt dem Erfahrenen meist nur noch ein müdes Kopfschütteln übrig. Spätestens nach dem zehnten Mal möchte man dieses absurd erscheinende Argument nur noch ignorieren. In der Sendung «Club Extra» des Schweizer Fernsehens vom 28. September 2011 wurde über die Wehrpflicht diskutiert. Es wurde deutlich, dass selbst die sachlicheren Wehrpflichtbefürworter diese Argumente nicht ernstnehmen. Es ist auch zu erwarten, dass diese Argumente im bevorstehenden Abstimmungskampf auf der beleuchteten Politbühne keine wichtige Rolle einnehmen werden. Fernab dieses offiziellen Schauplatzes jedoch wird sich ein völlig anderer Diskurs abspielen, und dort werden diese Argumente tragend sein. Denn betrachtet man die Wehrpflicht aus ethnologischer Perspektive, so wird klar, weshalb die Wehrpflicht so tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. Versteht man die Wehrpflicht als Übergangsritual, von dem Anthropologen J. S. La Fontaine als «Maturity Rite» bezeichnet, also als ein Ritual, das den Übertritt ins Erwachsenenleben kennzeichnet, dann erhalten diese Sprüche einen anderen Kontext. Ein Vergleich mit den Bewohnern der Wogeo-Insel an der nördlichen Küste Neuguineas ist beispielhaft:

Bei den Wogeo werden junge Männer in einen geheimen Bund initiiert, in dem sie das Flötenspiel erlernen. Die Aufnahme in den Geheimbund und das Erlernen des Flötenspiels ist obligatorisch und nur für junge Männer vorgesehen. So sagen die Wogeo: «Die Männer spielen Flöte, die Frauen gebären Kinder.» Analog dazu hörte man auf der Strasse beim Sammeln für die Aufhebung der Wehrpflicht immer wieder den Satz: «Die Männer gehen ins Militär, Frauen gebären schliesslich Kinder.» Laut J. S. La Fontaine geht es darum, eine klare Aufteilung gesellschaftlicher Sphären zu gewährleisten: Die Frauen sind zuständig für das Gebären von Kindern und die Männer für die Stabilisierung sozialer Ordnung – bei den Wogeo durch das Vertreiben von Geistern mittels Flötenspiel, in der Schweiz durch das Vertreiben von Geistern mittels militärischer Ausbildung.

Trennung als Teil des Übergangsrituals

In beiden Fällen, sowohl in der Rekrutenschule wie auch bei den Wogeo, durchlaufen die jungen Männer – die Novizen – ein über längere Zeit andauerndes Stadium, das als Übergangsritual fungiert und den Übertritt ins Erwachsenenleben kennzeichnet. Ein generelles und wichtiges Merkmal solcher Übergangsritual-Stadien ist gemäss dem Ethnologen Arnold Van Gennep die Trennung: «Der erste Akt besteht in der Trennung des Novizen von seiner früheren, gewohnten Umgebung,

der Welt der Frauen und Kinder. [...] Seine Beziehung zur Mutter wird abrupt abgebrochen, und von da an gehört er zur Gruppe der Männer.»

Das ist bei den Wogeo klar der Fall, wie J. S. La Fontaine zeigt. Denn sie glauben, dass Jungen nur zu Männern werden, wenn sie vom kontaminierenden Einfluss ihrer Mütter getrennt werden. Die Trennung ist ganz klar auch ein Teil der Rekrutenschule. Dass die jungen Schweizer aus ihrem Umfeld gerissen werden, was im Bezug auf die Wehrpflicht manchmal kritisiert wird, ist ebenfalls ein Bestandteil des Übergangsrituals.

In einem länger andauernden Stadium durchlaufen die jungen Wogeo schliesslich verschiedene Zeremonien, bei denen sie unter anderem das Flötenspiel erlernen und in den Geheimbund aufgenommen werden. Das Ziel dieser Zeremonien, und des Rituals ganz allgemein, ist sicherzustellen, dass die jungen Wogeo zu Männern werden. Dabei wird, wie La Fontaine beschreibt, das natürliche Wachstum als zu schwach betrachtet, d.h. die Wogeo glauben, ohne die Zeremonien und das Ritual würde das Wachstum fehlschlagen und die Jungen würden nicht zu richtigen Männern. Analog dazu durchlaufen die jungen Schweizer die Rekrutenschule, ohne die sie – so hörte man es auf der Strasse beim Sammeln immer wieder – nicht zu richtigen Männern würden. Und wie die jungen Wogeo das Flötenspiel, erlernen auch die jungen Schweizer in der RS – auch dies wurde einem beim Sammeln immer wieder versichert – ähnlich wichtige Fähigkeiten, die für das Bestehen in unserer Gesellschaft notwendig sind.

Ehrenkleid, Kultgegenstände, Leidenschaft: Zeichen der Mannwerdung

In der Schlussphase des Übergangsrituals erhalten die zu Männern gewordenen Wogeo die Erlaubnis, den traditionellen Kopfschmuck zu tragen, als Zeichen, dass sie ins Erwachsenenleben übergetreten sind. Gleichermassen erhalten auch die zu richtigen Männern gewordenen Schweizer Uniformen, die das Eintreten ins Erwachsenenleben markieren. Noch bemerkenswerter ist eine Parallele zwischen den jungen Schweizern und den Novizen von Totemgruppen: Erfahren die Jungen dort bei Aufnahme in die Gruppe das Privileg, mit gewissen Kultgegenständen in Kontakt zu kommen, so erhalten die jungen Schweizer in der RS das Privileg des Umgangs mit dem Sturmgewehr. Dieses wird zu ihrem persönlichen (Kult-) Gegenstand und zeichnet sie als ganze und erwachsene Mitglieder der Gesellschaft aus.

Dass die Wehrpflicht beziehungsweise die RS für jeden jungen Schweizer unangenehm ist, ist letztendlich eine wichtige Eigenschaft der RS als Übergangsritual. La Fontaine weist darauf hin, dass dem Leiden, das die jungen Wogeo-Novizen durchlaufen, zwar mit Sympathie begegnet wird, dass es jedoch als wichtiger und notwendiger Bestandteil des Rituals gilt. Das Leiden diene dazu, Schlimmeres zu vermeiden. Ganz ähnlich hörte man auch beim Unterschriftensammeln immer wieder, dass es den Jungen gut tue, sich auch mal durch etwas Unangenehmes durchbeissen zu müssen. So ist das Aushalten der Strapazen der RS ein fester Teil dieses Rituals, ohne welchen die Jungen in der Gesellschaft – so die weit verbreitete Meinung – nicht bestehen könnten. Ohne diese

Strapazen, so die Folgerung dieser Überlegung, kann ein Schweizer Junge nicht ins Erwachsenenleben übertreten. Wie es J. S. La Fontaine für die Wogeo so prägnant formulierte: «[...] for without learning the flutes no Wogeo boy could hope to be a man.»

Tradition, Identität, Emotionen

Von dieser Warte aus betrachtet ist ganz klar, dass die Diskussion über die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» weit mehr ist als eine sicherheitspolitische: Es ist eine durch und durch gesellschaftliche. So ist auch verständlich, warum die Debatte so emotional wird und warum wir die oben genannten Argumente ernstnehmen müssen. Schliesslich würden es die Wogeo kaum akzeptieren, wenn die GSoA das Erlernen des Flötenspiels als freiwillig erklären würde, denn dieses ist ihre Tradition und Teil ihrer Identität. Gleichermassen ist für viele die RS als Übergangsritual Tradition und Teil hiesiger Identität.

Das bedeutet keinesfalls, dass die Wehrpflicht nicht in Frage gestellt werden darf und sollte. In einer schnelllebigen, industrialisierten Gesellschaft, besonders in einer, die sich gerne brüstet, Musterdemokratie zu sein, muss das Infragestellen gegebener Umstände immer möglich sein. Betrachtet man die Wehrpflicht aber aus ethnologischer Perspektive, so sollte klar geworden sein, dass eine Beschränkung auf eine sachliche sicherheitspolitische Diskussion im kommenden Abstimmungskampf nicht möglich sein wird und dass auf die absurd erscheinenden Argumente nun intelligente Antworten gefunden werden müssen. Sonst lässt sich dieser Abstimmungskampf nicht gewinnen.



BOM 2011

AEGIS DEFENCE SERVICES LTD.

Der Bundesrat und die Söldnerfirma

Das Bundesamt für Justiz hat einen Gesetzesvorschlag für die Regulierung von Sicherheitsfirmen ausgearbeitet. Falls das Gesetz so in Kraft tritt, wird die Schweiz zum Mekka für Söldnerfirmen. Von Andreas Weibel

Vor gut einem Jahr war die Schweizer Öffentlichkeit entsetzt über die Ansiedlung der Aegis Holding in Basel. Der betroffene Kanton reichte eine Ständesinitiative ein, die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats nahm einstimmig eine Motion von GSoA-Vorstandsmitglied Jo Lang an. Der Tenor war klar: Die Menschen in der Schweiz wollen mit der berühmten Söldnerfirma aus Grossbritannien nichts zu tun haben.

Der Bundesrat gab daraufhin einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesamts

für Justiz den Auftrag, einen Gesetzesvorschlag für die Regulierung von Militär- und Sicherheitsunternehmen vorzulegen. Das Ergebnis ist ernüchternd: Wenn die Behörden den Entwurf nicht noch korrigieren, werden Firmen wie Aegis weiterhin den Deckmantel der Schweizer Neutralität und der humanitären Tradition missbrauchen, um ihre Kriegsdienste anzubieten. Mehr noch: Es besteht die Gefahr, dass durch die schwache Ausgestaltung des Gesetzes weitere Söldnerfirmen in die Schweiz gelockt werden.

Schlupflöcher en masse

Auf den ersten Blick sieht der vorgeschlagene Gesetzestext gar nicht schlecht aus, bei näherem Hinsehen sind die Regeln jedoch zahlos. Firmen mit Sitz in der Schweiz soll beispielsweise verboten werden, «direkt an Feindselig-

keiten» teilzunehmen. An einer Feindseligkeit kann gemäss juristischer Definition jedoch nur jemand teilnehmen, wenn in der entsprechenden Region ein «bewaffneter Konflikt» im Sinne der Genfer Konventionen stattfindet. Laut dem Bundesrat ist das zum Beispiel in Afghanistan oder im Irak nicht der Fall. Aegis könnte dort also weiterhin beliebige Kriegsdienstleistungen anbieten, ohne mit dem Schweizer Gesetz in Konflikt zu geraten. Speziell beschämend ist, dass sich der Gesetzesvorschlag nicht einmal ansatzweise an die Vorgaben des «Montreux-Dokuments» hält. In dieser Erklärung hatte die Schweiz zusammen mit dem IKRK Minimalstandards für den Umgang der Staaten mit Söldnerfirmen festgelegt.

Die GSoA hat im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens gefordert, dass das Gesetzes-

vorhaben nochmals grundlegend überarbeitet wird. Wenn die Schweiz nicht zum Mekka der Söldnerindustrie werden will, muss sie sich im Minimum an die Standards des Montreux-Dokuments halten. Noch besser wäre, wenn sich unser Land Norwegen als Vorbild nähme: Dort ist allen Firmen untersagt, im Ausland bewaffnete Dienste anzubieten.

Die Armee im Einsatz

(np) Wer meint, die Schweizer Armee hätte nebst dem jährlichen Verbraten von Milliarden von Franken nichts zu tun, der irrt sich. Unsere Soldaten werden gebraucht!

Beispielsweise letzten Juni, während dreier Tage am Jodlerfest in Interlaken: Bühne aufbauen, Bühne abbauen. Darauf folgen ebenso gewichtige Bühnen-Einsätze am eidgenössischen Schützenfest in Aargau und natürlich an der Tour de Suisse: Geländer aufbauen, Geländer abbauen. Im August das Trachtenfest – der Zirkus fängt von neuem an. Nach kurzer Verschnaufpause folgt für die Soldaten der Auf- und Abbau des Schwing- und Älperfest. Die Armee im Einsatz: 11'000 geleistete Dienstage. Dutzende weitere Anlässe folgen.

Dann kommen die besonders harten Wintermonate. Neben dem zum Alltag gewordenen Bühnen-Auf-und-Abbau, sorgt die Armee

an Skirennen für die bestpräparierten Pisten der Welt. Die Rennen werden nur noch durch den WEF-Grosseinsatz getoppt, bei dem es sich die Armee zur Staatsaufgabe gemacht hat, die Reichen und Mächtigen mit 3000 Soldaten zu beschützen. Während des WEF meinte Mario Cantieni, Chef der Bodentruppen, dass die besonderen Herausforderungen in den Unmengen von Schnee liegen. Der Auf- und Abbau von Bühnen und Gittern, das präparieren von Schnee – die Armee würde gerne noch mehr machen und schreibt auf ihrer Internetseite, dass sie leider aus ressourcentechnischen Gründen nicht alle Anlässe von «nationaler Bedeutung» unterstützen könne. Dass die Armee durch den Einsatz an privaten Anlässen an ihre Grenzen stösst, zeigt sich wohl am besten darin, dass die Soldaten nicht mal mehr Zeit finden, sich selber und ihre Logistik zu schützen. Dafür stellt das Militär dann private Sicherheitsfirmen an.



SWISSCOY

Schweizer Kommando über heikle Mission

Im Nordkosovo hat ein Schweizer Oberst das Kommando über die Nato-Truppen der Kfor übernommen. Ein gefährlicher Tabubruch der Schweizer Armee. Von Felix Birchler

Seit dem 1. Januar 2012 befehligt der Schweizer Oberst Adolf Conrad die Beobachtungs- und Verbindungstruppen der Kfor im Nordkosovo. Nach dem Kosovokrieg 1999 beauftragte der UN-Sicherheitsrat basierend auf der Resolution 1244 die Nato mit der Befriedung der Region, um den Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Zur Erledigung dieses Auftrages wurde die Kfor, unter Leitung der Nato, gebildet. Seit Beginn der Kfor-Mission hat sich die Schweiz mit einem Truppenkontingent von rund 200 Soldaten daran beteiligt. Zuletzt hat das Schweizer Parlament im Frühling 2011 der Verlängerung des Kosovo-Einsatzes bis Ende 2014 zugestimmt. Mit der Führungsrolle im Nordkosovo hat die Armee jetzt ein weiteres Tabu der Schweizer Aussenpolitik gebrochen. Zum ersten Mal kommandiert ein Schweizer Oberst Nato-

Truppen, und dies erst noch in einer Krisenregion, am Rande eines neuerlichen Bürgerkrieges.

Gefährlicher Einsatz

Die Schweizer Soldaten sind in sogenannte «Liaison and Monitoring Teams» eingebunden, die vor allem den Austausch mit der Lokalbevölkerung pflegen und vermittelnd eingreifen sollen, wo Streitigkeiten drohen. So verkauft die Propagandaabteilung der Schweizer Armee die Swisscoy-Soldaten denn auch am liebsten als «Diplomaten in Uniform».

Doch die Realität im Nordkosovo ist wesentlich brutaler, wie die seit einem halben Jahr immer wieder aufflackernden blutigen Ausschreitungen an Grenzübergängen verdeutlichen. Seit sich der Kosovo für unabhängig erklärt hat, haben sich die Fronten zwischen serbischer Minderheit und albanischer Mehrheit im Kosovo verhärtet. Nachdem im Juli 2011 die kosovarische Polizei in einer Nacht-und-Nebelaktion die Kontrolle über serbische Grenzposten übernehmen wollte, flauen die Proteste und gewalttätigen Racheakte serbischer Extremisten

nicht mehr ab. In dieser heiklen Situation soll eine von einem Schweizer Obersten kommandierte Nato-Truppe vermitteln. Die Gefahr ist gross, dass früher oder später auch Schweizer Soldaten in Gefechte verwickelt werden; deutsche und österreichische Truppe in ähnlichen Einsätzen wurden bereits beschossen. Auch wenn das Ansehen der Schweiz, gerade bei der kosovarischen Regierung, sehr hoch ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass Extremisten der einen oder anderen Seite auch Schweizer Soldaten angreifen, um die Grenzregion unter ihre Gewalt zu bringen.

Ein neues Mass an Nato-Einbindung

Im September 2009 scheiterte die Schweizer Beteiligung an der Atalanta-Mission zur Bekämpfung der Piraten im Meer vor Somalia spektakulär im Nationalrat. Man hatte damals das Gefühl, an einem Wendepunkt angelangt zu sein. Auslandeinsätze der Armee schienen im Parlament keine Mehrheiten mehr zu finden. Die Suche nach Einsatzmöglichkeiten im Ausland, welche die Armeespitze unter güterer Mithilfe von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey

immer neue Tabus brechen liess, schien beendet. Und mit der Wahl von Ueli Maurer ins VBS und dem Rücktritt von Micheline Calmy-Rey schienen auch dem Bundesrat die BefürworterInnen von Auslandeinsätzen der Armee abhanden gekommen zu sein.

Darob ging offenbar bei BefürworterInnen und GegnerInnen der Auslandeinsätze vergessen, dass die Schweizer Armee noch immer mit einem grösseren Kontingent im Kosovo vertreten ist. Und durch die Veränderung der Sicherheitslage im Kosovo hat die Swisscoy schon lange nicht mehr den harmlosen Charakter, der ihr so lange anhaftete. Dass jetzt auch noch ein Schweizer das Kommando über die Nato-Truppen in einem der grössten Pulverfässer Europas übernommen hat, ist nicht nur leichtsinnig, sondern auch ein bedeutender Schritt weg von der Schweizer Neutralität hin zu einer noch grösseren Einbindung der Schweiz in die Nato. Die Politik muss der Schweizer Armee bei ihren Auslandabenteuern dringend wieder genauer auf die Finger schauen. Bevor diese aussenpolitische Fakten schafft, die sich nicht mehr korrigieren lassen.

Der Kampfjet-Button – jetzt bestellen!

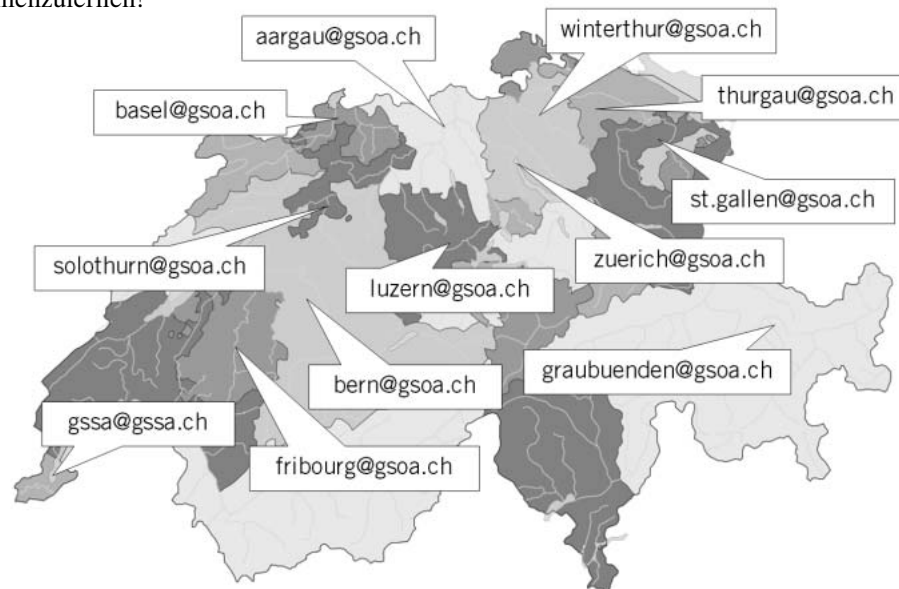
Im Moment ist nicht klar, ob wir Unterschriften für ein Referendum oder eine Initiative gegen die neuen Kampfjets sammeln müssen – oder ob das Parlament doch noch zur Vernunft kommt und die Beschaffung abbläst. In der Zwischenzeit gibt es bereits eine Möglichkeit, wie Du Deinen Unmut über die Kaufpläne zeigen kannst: Der neue Kampfjet-Anstecker ist da!

Die erste Serie war innert Tagen bereits vergriffen, nun ist der Button aber wieder erhältlich. Bestelle Dein Exemplar auf www.gsoa.ch/button



Aktiv werden in Deiner Region

Die Regionalgruppen sind das Rückgrat der GSoA. Sie beteiligen sich aktiv an den Entscheidungen der GSoA Schweiz und organisieren in eigener Regie Aktionen und Veranstaltungen. Aktuell bereiten wir uns auf die Abstimmung über die kürzlich eingereichte Wehrpflichtinitiative vor. Und ein Referendum oder eine Initiative zu den Kampfjets hängt in der Luft. Lust, aktiv zu werden? Dann melde Dich bei einer der untenstehenden Adressen. Wir freuen uns, Dich kennenzulernen!



Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube: www.youtube.com/user/GregorsGunTV

GREGOR,
das glückliche Gewehr



Wir sind auf Deine Spende angewiesen

Der Abstimmungskampf für die Wehrpflichtinitiative und das Referendum gegen die neuen Kampfjets werden uns einiges Geld kosten. Die Aktivitäten der GSoA sind zwar immer vom starken Engagement unserer AktivistInnen abhängig. Dennoch braucht es Geld, zum Beispiel für Plakate und Inserate. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein ermöglichst Du uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen und trägst damit unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. **Herzlichen Dank!**

GSoA-Material...

Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____
 Strasse/Nummer _____
 PLZ/Wohnort _____
 Tel./E-Mail _____ E-Mail für Newsletter registrieren

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	Kampfjet-Button		Fr. 1.-	
	T-Shirt Kampfjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampfjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	GSoA-Schlüsselbändel		Fr. 10.-	
	Friedensfahne (PACE)		Fr. 12.-	
	Diverse Kleber		kostenlos	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80
	Ich werde GSoA-Mitglied <input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.- <input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-			
	Spende <input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-			
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich <input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag			

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material



Impressum

Redaktion: Patrick Angele (pa), Michael Baumgärtner (mb), Franziska Bender (frb), Cordula Bieri (cb), Felix Birchler (fb, verantwortlich), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Stefan Dietiker (std), Adi Feller (ad), Beat Hatz (beh), Fabian Hubeli (fh), Chrigi Hug (ch), Karin Jenni (kj), Josef Lang (jl), Reto Moosmann (rm), Beni Müller (bm), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzic (np), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Andreas Weibel (aw), Remo Ziegler (rz), Jonas Zürcher (jz)
Cartoons: Oger, Beni Müller **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich
Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich
Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-
 Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.- PC-Konto: PC 40-37315-5
Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer Creative Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.